Neues aus der Fraktion

Ausgabe 1-2021

SPD GEMEINDERATS FRAKTION TÜBINGEN

Martin Sökler
Fraktionsvorsitzender

Liebe Genossinen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

die Corona-Pandemie bestimmt noch immer unser Leben. Anfang Mai herrschen in Tübingen die Bestimmungen der Bundesnotbremse. Die meisten Geschäfte sind geschlossen, ebenso wie Cafés, Kneipen und Restaurants. Familientreffen sind praktisch nicht erlaubt und um 22: 00 Uhr müssen wir alle zu Hause sein. Am gravierendsten ist, dass Kitas und Schulen wieder geschlossen sind. Manche Mittelstufenschüler waren seit einem halben Jahr nicht mehr in der Schule. Studierende im ersten und zweiten Semester wie meine Tochter haben noch keinen Hörsaal von innen gesehen und kennen zwar die Bücherregale ihrer Kommilitonen aus Zoom-Konferenzen, aber fast niemanden persönlich. Der Bildungsbereich muss jetzt und nach der Pandemie einer der politischen Schwerpunkte sein. Wir sind in der Fraktion auf diesem Gebiet v. a. mit Ute-Leube-Dürr sehr gut aufgestellt.

Wir wissen alle, dass Kontaktbeschränkungen ein, wenn nicht der entscheidende Schlüssel zur Beherrschung der Pandemie sind, solange nicht die Mehrzahl der Menschen geimpft ist. Aber die Suche nach Wegen, mehr zu öffnen ohne dabei Menschenleben zu riskieren wie wir sie in Tübingen mit dem Modellversuch unternommen haben, halten wir für richtig und wichtig. Die Entscheidungen hat dabei der Oberbürgermeister in seiner eigenen Verantwortung getroffen. Die Fraktionen im Gemeinderat waren informell eingebunden. Wir haben seitens der SPD immer wieder Anregungen gegeben, die sich zum Teil dann auch in den Regelungen wiederfanden wie eine Ausweitung der Maskenpflicht oder die zuerst von Karl Lauterbach eingeforderte verbindliche und systematische Testung in Betrieben, Schulen und Kitas – überall dort, wo Menschen zwangsläufig zusammenkommen. Es ist gut, dass Tübingen bei der Bereitstellung und Organisation von Corona-Tests besser und v.a. schneller war als andere. Durch das frühzeitige systematische Testen in den Alten- und Pflegeheimen wurden Menschenleben gerettet.

Die Stadtpolitik hat mittlerweile einen funktionierenden Coronamodus gefunden. Anders als im Vorjahr fanden wieder richtige Haushaltsverhandlungen zwischen den Fraktionen statt. Wir konnten uns dabei bei wichtigen Fragen durchsetzen. So wird unabhängig von der Gewährung von Zuschüssen ab Anfang 2022 ein 365.- Euro-Ticket beim TüBus eingeführt werden. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Wir freuen uns alle riesig, dass Doro Kliche-Behnke den Einzug in den Landtag geschafft hat und zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Glückwunsch! Ihre Verwurzelung in Tübingen und ihre kommunalpolitische Arbeit wird für den Landtag bereichernd sein und umgekehrt – mehr dazu in diesem Newsletter.

Auch Ingeborg Höhne-Mack dürfen wir gratulieren. Sie wurde vom Gemeinderat einstimmig als einzige Vertretung in den Aufsichtsrat der neu gegründeten Dachgenossenschaft Wohnen entsendet. Eine Pionierleistung Tübingens – übrigens einmal nicht unseres OBs, sondern der Tübinger Wohnbeauftragten, deren Stellen vor einigen Jahren von uns durchgesetzt wurden. Es steckt auch reichlich SPD drin in dieser Dachgenossenschaft, die auch Thema ist in diesem Newsletter.

Der Klimaschutz ist zu Recht das wichtigste Querschnittsthema aktuell. Wir unterstützen, dass die Chancen für Windkraft auch auf Tübinger Gemarkung neu ausgelotet werden. Das sorgt auch für Diskussionen in den Teilorten. Wir sind in der glücklichen Lage mit Gerhard Neth einen Ortsvorsteher in der Fraktion zu haben, der einerseits uns für die Belange der Teilorte sensibilisiert und gleichzeitig sehr erfolgreich die Menschen in Bühl von wichtigen Projekten überzeugt.

In der Gesellschaft wie auch in unserer Partei wird eine wichtige Debatte über linke Identitätspolitik geführt. Muss man jeden Satz gendern, um sich am Diskurs in der Sozialdemokratie beteiligen zu dürfen? Gerät über die Betonung von Merkmalen wie Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Orientierung die vielleicht wichtigere soziale Frage nicht zu sehr in den Hintergrund? Solche Fragen bewegen auch die Tübinger Kommunalpolitik wie zuletzt bei der Auseinandersetzung des Integrationsrats mit dem OB. Gundula Schäfer-Vogel beleuchtet die Debatte in diesem Newsletter.

Es wäre wirklich spannend, sich bei einer Präsenz-Mitgliederversammlung über diese und andere Fragen auszutauschen. Wir hoffen, dass das bald wieder möglich sein wird.

Bleibt gesund und auf bald.

Euer
Martin Sökler

Ute Leube-Dürr

KLIMASCHUTZ DURCH MENSAESSEN?

Am 29.04.2021 hat der Gemeinderat dem neuen System der Ausschreibung für die Essensversorgung in Tübinger Schulen und Kitas zugestimmt. Und dieses System steckt voll richtungsweisender Elemente, die Klimaschutz und gesundes, wohlschmeckendes Essen miteinander verbinden.

Das Auslaufen der Catering-Verträge im Juli machte eine europaweite Ausschreibung nötig. Und diesmal wollte die zuständige Abteilung alles besser machen. Mit Hilfe einer Beratungsfirma ist es gelungen, einen neuartigen Kriterienkatalog für die Ausschreibung des gesamten Schul- und Kitaessens zu entwerfen. Mit diesen Vergabekriterien wird der Anspruch, den das im Winter beschlossene Klimaschutzprogramms formuliert, umgesetzt unter Berücksichtigung der Umfrage des Ernährungsrats unter Tübinger Schüler*innen.
In dieser durchaus repräsentativen Umfrage zeigte sich nämlich, dass zwar der gute Geschmack nach wie vor das wichtigste Kriterium für die Essenden ist, dass aber Nachhaltigkeit und Umweltschutz, Frische und Regionalität eine große Rolle spielen.

Ein Probeessen wie bisher wird nicht mehr stattfindet. Die Aussagekraft eines einmaligen Essens geht gegen Null. Stattdessen ist nun festgeschrieben, dass die Essenden regelmäßig zu Güte und Geschmack des Essens befragt werden sollen.
Dass bei Gemüse, Teigwaren, Eier und Molkereiprodukte ein hoher Bio-Anteil verlangt wird, versteht sich heutzutage in Tübingen nahezu von selbst. Und was ist mit Fleisch? Im Klimaschutzprogramm haben wir festgehalten, dass in allen städtischen Kantinen Fleisch nur noch in Tierwohlqualität 4 auf den Tisch kommen soll. Warum ist dann hier kein Bio-Fleisch gefordert? Auch für die SPD-Fraktion war das eine wichtige Forderung. Nach ausführlicher Diskussion haben wir zähneknirschend zugestimmt, dass Biofleisch noch nicht in den Kriterienkatalog aufgenommen wird, in der Annahme, dass dies derzeit für die Caterer noch nicht zu schaffen ist. (Biofleisch erfordert z.B. eine eigene Produktionslinie). Die Stadtverwaltung hat zugesagt, dass spätestens nach 4 Jahren, wenn der Vertrag zur Erneuerung ansteht, über Biofleisch verhandelt werden wird.

Das zweite ebenso wichtige Kriterium wird nun also die Klimafreundlichkeit sein: CO2 Ausstoß und Wasserverbrauch werden zum K.O.-Kriterium. Und auf diesem Wege wird wohl auch das Thema Regionalität Einzug halten, das wegen der Vorschriften einer europaweiten Ausschreibung keine Rolle spielen durfte.

Was uns noch wichtig ist:
Der Preis muss festgeschrieben sein: 3.50€ für Kitas, 3.90€ für die Schulen und für Kinder und Jugendliche mit der KreisBonusCard bleibt das Essen kostenlos. Einwegverpackungen sind ausgeschlossen. Mit uns geht nur Mehrweg. Und die SPD wünscht sich auch, dass der zukünftige Caterer eine Anzahl Menschen mit Behinderung beschäftigt. Das alles findet sich in diesem innovativen Kriterienkatalog.
Klimaschutz durch Mensaessen? Ja, das geht. Und wohlschmeckend und gesund wird es sowieso sein.

Martin Sökler

HAUSHALT 2021 - MUTIGE SCHRITTE BEIM ÖPNV

Bei den Haushaltsverhandlungen 2021 wurden mit unseren Stimmen Erhöhungen von Grund- und Gewerbesteuer beschlossen. Das wird auch in unseren Reihen nicht alle erfreuen. Diese Steuererhöhungen sind kein Selbstzweck. Wir wollen uns an die konkrete Umsetzung des Klimaschutzprogramms machen. Das kostet Geld. Auch können und wollen wir die Begleichung der Corona-Schulden nicht allein unseren Kindern und Enkeln überlassen.

Ein wichtiges Anliegen in Sachen Klimaschutz auf dem Gebiet der Mobilität konnten wir Sozialdemokraten durchsetzen. Wir konnten eine Mehrheit, auch die bislang eher als Bedenkenträger aufgefallenen Grünen, davon überzeugen, aufs Jahr gerechnet zusätzlich 2,4 Millionen Euro in den ÖPNV zu investieren. Damit sollen zum Fahrplanwechsel Ende 21/Anfang 22 relevante Angebotsverbesserungen und Taktverkürzungen sowie abgestimmte Tarifsenkungen auf das Niveau eines 365 € Tickets im TüBus umgesetzt werden. Der Monatspreis für ein Schülerabo wird voraussichtlich von 22 € auf das Niveau des Semestertickets von aktuell 18,24 € gesenkt werden.
Für uns ist die geplante deutliche Erhöhung der Parkgebühren, die wir mittragen, gedanklich immer mit solchen deutlichen Verbesserungen beim ÖPNV gekoppelt gewesen. Wenn mittelfristig als Finanzierungsinstrument auch die Einführung einer Nahverkehrsabgabe vom Land ermöglicht wird, die anders als Steuern oder Parkgebühren tatsächlich zweckgebunden in den ÖPNV fließen kann, sind wir auch dafür offen. Dann können wir auch noch weiter in Richtung Ziel eines ticketfreien Nahverkehrs vorankommen.

Die SPD konnte in diesem Haushalt weitere wichtige Akzente setzen. Wir erreichten Verbesserungen für die Vereinigung von Kulturschaffenden PACT, für die Ausbildungsförderung Geflüchteter, für den Lernort Berghof, die Förderung der Artenvielfalt und das Umweltzentrum. Wir verhinderten die Kürzung der Zuschüsse für die Volkshochschule und kulturelle Bildungseinrichtungen. Tübingen wird sich an der Sanierung des jüdischen Friedhofs in Wankheim beteiligen und wir sorgen für eine Optimierung des Streamings von Gemeinderatssitzungen durch die Installation von drei Kameras, ein kleiner Beitrag zu Transparenz und barrierefreier Beteiligung in der kommunalen Demokratie.

Wir tun etwas für die Teilorte durch die Ermöglichung eines Multifunktionssportfeldes in Hirschau und das Vorziehen von Maßnahmen an der Ortsdurchfahrt in Unterjesingen.

Am wichtigsten aber ist die echte Trendwende bei den Buspreisen. Zusammen mit den Angebotsverbesserungen kommen wir relevant voran bei Mobilität und Klimaschutz. Dies hat auch einen wichtigen sozialen Aspekt. Wir machen Schluss mit der ständigen Verteuerung des ÖPNVs gegenüber dem Auto.

Gerhard Neth

50 JAHRE TÜBINGER TEILORTE

In unserem Kommunalwahlprogramm ist nachzulesen, dass „die SPD zu starken und selbstbewussten Teilorten steht, werde doch die Vielfalt Tübingens gerade auch durch die Teilorte geprägt". Es stellt sich die Frage, warum wir solch einen Passus auch 50 Jahre nach der Gemeindereform noch an prominenter Stelle im Wahlprogramm brauchen.
Dazu lohnt sich ein kurzer Blick zurück. Mit der Gemeindereform sollten vor 50 Jahren größere Verwaltungseinheiten und leistungsfähigere Gemeinden geschaffen werden. So erklärte sich die Stadt Tübingen gegenüber den benachbarten Gemeinden Bühl, Hagelloch, Hirschau, Kilchberg, Unterjesingen und Weilheim zur Zusammenarbeit bereit. Obwohl sich die Begeisterung mancherorts in Grenzen hielt, wurde 1971 mit diesen 7 Gemeinden ein Eingliederungsvertrag unterschrieben. 1974 kam dann noch Bebenhausen als 8. Teilort dazu. In den Eingliederungsverträgen verpflichtete sich die Stadt Tübingen – im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten - „die Entwicklung in den neuen Stadtteilen so zu fördern, dass in einem überschaubaren Zeitraum vergleichbare Lebensbedingungen im gesamten Stadtgebiet geschaffen werden".

In vielen Bereichen ist dies durch gute Zusammenarbeit aller Gremien gelungen - so titelte das Tagblatt 2019 u.a. zurecht, dass sich „Pfrondorf vom Bauerndorf zum beliebten Wohnort entwickelt hat". Als SPD-Fraktion wollen wir dazu beitragen, dass unsere Teilorte nicht nur beliebte Wohnorte sondern auch lebendige und eigenständige Gemeinwesen bleiben können.

Da gibt es an verschiedenen Punkten nach wie vor Handlungsbedarf. Angesichts der vielen großen und wichtigen Projekte in der Kernstadt ist darauf zu achten, dass kleinere – für die Teilorte aber besonders wichtige – Projekte in den Haushaltsberatungen nicht durch das Raster fallen. Wir freuen uns deshalb, dass z.B. die Charlottenschule in Kilchberg nicht zuletzt auf Initiative unserer Fraktion 2021 endlich saniert und den pädagogischen und funktionalen Anforderungen angepasst werden kann.
Auch im wichtigen Bereich Klimaschutz und Mobilität dürfen wir unsere Teilorte sprichwörtlich „nicht abhängen". Mit unserem Antrag zu Angebotsverbesserungen und Tarifabsenkungen im ÖPNV wollen wir Menschen in den Teilorten motivieren den Weg in die Stadt bevorzugt ohne Auto zu planen. In der Diskussion um die Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn (RSB) setzen wir uns dafür ein, die Qualität des ÖPNV durch enge Verzahnung von TüBus und RSB noch einmal deutlich zu erhöhen. Wer dann aus dem Neckar- oder Ammertal immer noch lieber mit dem Rad unterwegs ist muss auf gut ausgebaute Radwegsysteme treffen um schnell und sicher in der Stadt anzukommen.
Kurze Leitungen in die Teilorte sind uns wichtig - für die geplanten Neubaugebiete fordern wir deshalb auch moderne Glasfaserinfrastruktur anstelle von antiquierten Kupferleitungen. In diesem Sinne gratuliert die SPD-Fraktion zu 50 gemeinsamen Jahren und setzt weiterhin auf gute Zusammenarbeit mit den Teilorten.

Ingeborg Höhne-Mack

BEIM WOHNEN: SOLIDARISCH!

Nun ist sie da: die Dachgenossenschaft Wohnen (Dageno) und mit ihr der Einstieg in eine Zeitenwende für bezahlbares Wohnen in Tübingen. Nach ihrer Gründung im Februar hat im März der Gemeinderat auch den Beitritt der Stadt zu dieser Genossenschaft beschlossen.
Und die Stadt bringt eine beachtliche Mitgift in diese Ehe mit ein: nach dem Land gibt auch die Stadt 1 Million € in den sog. Solidarfonds, der jene Mitglieder und Bauwilligen unterstützen soll, die aus eigenen Finanzmitteln den notwendigen Eigenbeitrag von ca. 20% der Baukosten für die Erstellung ihres Wohnraumanteils in den von der Dageno betreuten Projekten nicht erbringen können. Wohnen für alle muss in dieser Stadt weiter möglich sein! Das ist seit Jahren eine zentrale Forderung der SPD. Und diesem Ziel kommen wir durch den Solidarfonds noch ein weiteres Stück näher. In einem fein austarierten Regelwerk bekommt jede/r, ausgehend vom individuellen Einkommen und der Familiensituation, soviel finanzielle Förderung, dass die Verwirklichung des Traums vom Leben in einer (kleineren oder größeren) solidarischen Gemeinschaft gelingen kann. Die Anfragen von unterschiedlichen Projekten zeigen schon jetzt: der Genossenschaftsgedanke ist aktuell und er wird in Tübingen mit seinem von Wohnraumknappheit und weiter steigenden Preisen geprägten Immobilienmarkt als sozial und wirtschaftlich attraktive Alternative genutzt.

Auch wer nicht für sich selbst neuen Wohnraum schaffen oder z.B. in einer gemeinsamen Mieterinitiative seine Mietwohnung in einem Mehrfamilienhaus bei einem anstehenden Vermieterwechsel vor künftigen unangemessen hohen Mietforderungen schützen will, kann als Mitglied der neuen Dageno den Grundgedanken eines solidarischen Wohnens unterstützen; außerdem besteht die Möglichkeit in ein konkretes Projekt bzw. in den Solidarfonds selbst mit einem kleinen oder größeren Betrag zu investieren. Dafür möchte ich heute werben. Natürlich gibt es keine 5% Rendite für eine solche Einlage, aber besser als Negativzinsen ist es allemal und unterstützt die Dageno in der Startphase durch ein Mehr an Kapital, das für Projekte zeitnah eingesetzt werden kann.

Alle Infos zur Genossenschaft gibt es mittlerweile auf einer eigenen Website.

Dachgenossenschaft Wohnen

Wohnen in Gemeinschaft anstatt anonym im Mietwohnhaus oder einzeln im Eigenheim: Das ist der Wunsch vieler Menschen in Tübingen. Gemeinsam baut und wohnt es sich besser, gemeinsam können individuelle Wünsche nach kind-, eltern- und altengerechtem Wohnen umgesetzt werden und Räume für Begegnung, gegenseitige Unterstützung und Gemeinschaftsleben entstehen. Oft finden sich kleine lokale Initiativen und Gruppen zusammen, die ein solches Projekt umsetzen wollen.

Ob nun die betreute Wohngemeinschaft für die alten Tage entstehen soll oder generationenübergreifendes Wohnen unter einem Dach – wer sich auf den Weg macht, ein solches Projekt zu realisieren, hat viel vor. Dafür soll in Tübingen eine Dachgenossenschaft Wohnen kompetente Unterstützung und einen verlässlichen Rahmen bieten. An dem Projekt ist auch die Stadtverwaltung beteiligt.

Die Dachgenossenschaft Wohnen ist als Zusammenschluss von verschiedenen selbstständigen gemeinschaftlichen Wohnprojekten gedacht. Als große Solidargemeinschaft leistet sie Unterstützung bei Planung, Finanzierung, Bau und langfristiger Bewirtschaftung von individuellen Wohnprojekten. Die Dachgenossenschaft trägt sich über die genossenschaftlichen Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstorganisation und Selbstverantwortung. Ihre demokratische Grundstruktur bietet die Basis für eine selbstbestimmte, gemeinschaftliche Gestaltung des Wohnens und Wohnumfelds.

- Für welche gemeinschaftlichen Wohnideen eignet sich die Dachgenossenschaft?
- Wie ist der Weg in die Genossenschaft?
- Wie kann man in der Dachgenossenschaft mitbestimmen?
- Wie finanziert sich ein Genossenschaftsprojekt?
- Kommen auf ein Genossenschaftsprojekt langfristige Kosten zu?
- Was passiert, wenn man älter wird, die eigene Wohnung nicht mehr passt oder sich die wirtschaftliche Situation verändert?
- Welche Vorteile hat der Zusammenschluss mit anderen Projekten noch?
- Wie kann man die Dachgenossenschaft kontaktieren?

LINK: https://www.tuebingen.de/dachgenossenschaft-wohnen

Überhaupt arbeiten der provisorische Vorstand (die beiden Beauftragten für Wohnraum und barrierefreies Bauen) und der sechsköpfige Aufsichtsrat, zu dessen Mitglied ich als Vertreterin des Gemeinderates gewählt worden bin, mit Hochdruck an der Schaffung aller notwendigen Grundlagen für die künftige Arbeit. Und ein erstes Projekt aus den vielen tollen Bewerbungen für die Parzellen auf dem Hechinger Eck Nord-Areal ist kürzlich von der Vergabekommission ausgewählt worden und damit bereits erfolgreich unter das neue Dach geschlüpft – das sollte andere Projekte ermutigen, sich auch auf diesen Weg zu machen. Ob in Waldhäuser-Ost, in der Südstadt oder in den Teilorten: die Dageno steht für „Fairer Wohnen" in jeder Beziehung und ist damit schon jetzt eines der wichtigsten sozialen Projekte seit Jahren in dieser Stadt. Meine Bitte also: Sorgen wir gemeinsam dafür, dass es weiter wächst und seine Wirkung entfalten kann!

Gundula Schäfer-Vogel

MITEINANDER SPRECHEN - GEMEINSAM HANDELN

Nicht schon wieder, mag mancher denken. Nun verfällt der Tübinger Oberbürgermeister auch in der Diskussion um das Tübinger Modell wieder in bekannte Sprach- und Denkmuster zurück. Wir kennen es schon aus der Flüchtlingskrise, aus den Diskussionen der Anfangszeit der Pandemie. Wer ist verantwortlich für steigende Inzidenzen im Kreisgebiet, Bürger der Stadt oder Menschen von außerhalb, Menschen mit Migrationshintergrund? Wer ist durch wen bedroht, deutsche Töchter durch fremde Männer, die sich anhand äußerlicher Merkmale identifizieren lassen? Wen retten wir auf wessen Kosten, Alte auf Kosten der Jungen?

Die SPD möchte solche diskriminierenden Vereinfachungen vermeiden, hat sich aber jüngst in einer Debatte über Identitätspolitik aufgerieben. Vielen mag schon dieses Schlagwort ein Buch mit sieben Siegeln sein. Worum geht es eigentlich?

Vordergründig geht es darum, sich einer angemessenen Sprache zu bedienen. Gendersternchen und Unterstriche sollen alle Angesprochenen einschließen. Das ist wichtig und richtig, denn unsere Sprache prägt unser Bewusstsein. Wer die Gelegenheit hat, mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die sich z.B. wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Herkunft ausgegrenzt und mit den Problemen ihrer persönlichen Lebenssituation nicht wahrgenommen fühlen, wird sich deren Nöten nicht verschließen können.

Grundsätzlich geht es aber um die Aufgabe, sich der Interessen aller ausgegrenzten und vernachlässigten Gruppen anzunehmen. Das können nicht nur Minderheiten, sondern auch Mehrheiten sein. Wichtig ist es, die Probleme und Nöte ausgegrenzter Minderheiten nicht gegen die vernachlässigter Mehrheiten auszuspielen. Diejenigen, die in nicht mehr zukunftsfähigen Industrien Lohn und Brot verdienen, die im Zuge der Digitalisierung und des Einzugs von künstlicher Intelligenz in Produktionsprozesse um ihre berufliche Zukunft fürchten, schon in Folge von Rationalisierungsprozessen ihre Arbeit verloren haben oder sich als Harz IV-Empfänger abgewertet fühlen, reagieren häufig ablehnend und befremdet. Denn sie fühlen sich mit ihren Existenzängsten in gesellschaftlichen und politischen Diskursen nicht mehr hinreichend wahr- und ernstgenommen. Sie verstehen nicht, warum angemessene Sprachformen wichtiger sein sollen als ihre handfesten Probleme.

Die SPD ist die Partei der Solidarität. Deswegen sollten wir uns daran machen, unsere politische Kultur zu erneuern, damit aus ihr gesellschaftlicher Zusammenhalt erwächst. Dieser droht verloren zu gehen. Denn wer sich alleingelassen fühlt, kämpft verständlicherweise erst einmal in eigener Sache und versucht, die eigene Haut zu retten. Manche ziehen sich sogar aus mühsamen demokratischen Prozessen zurück und suchen Antworten bei reaktionären Vereinfachern im rechten Spektrum oder, neuerdings, bei alleserklärenden Verschwörungstheoretikern.

Wir müssen die Kräfte bündeln, die wir brauchen, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu stemmen: Klimaschutz, Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit. Gesellschaftlicher Wandel braucht eine breite Basis. Die Schultern, auf die wir bauen können, sind stark. Die Vertreterinnen und Vertreter von Arbeiterschicht und Mittelklasse können sich selbstbewusst mit ihren Forderungen und Ideen einbringen, denn sie haben den Wohlstand erwirtschaftet, den es zu verteidigen gilt. Wer geflüchtet oder migriert ist, hat die Kraft gefunden, einen Neuanfang zu wagen. Auf diese Bereitschaft zur Veränderung und Anpassung sollten wir bauen.

Wo sollte diese gesellschaftliche Erneuerung beginnen, wenn nicht vor Ort, in der Kommune, wo Begegnung und Erfahrungsaustausch möglich sind. Ich möchte dazu beitragen, dass Tübingen zum Leuchtturm dieser Erneuerung wird. Die zeitnahe Erschließung des Saiben zu einem sozialen und klimaneutralen Modellquartier, in dem Familien und Menschen mit kleinerem und mittlerem Einkommen, Junge und Alte, Einheimische und Neubürger aller Nationalitäten ihren Lebensalltag gemeinsam gestalten können, wäre eine hervorragende Gelegenheit dazu! Mit breiter Bürgerbeteiligung!

Dorothea Kliche-Behnke

WAS BEDEUTET DER GRÜN-SCHWARZE KOALITIONS-VERTRAG FÜR TÜBINGEN?

Jetzt ist er also da, der Grün-Schwarze Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg. Darin findet sich durchaus einiges, was wir Sozialdemokrat*innen nicht nur befürworten, sondern was wir sogar im eigenen Programm selbst formuliert und in den Sondierungsgesprächen vorgebracht haben. Dazu gehört die Möglichkeit, dass Kommunen eine Nahverkehrsabgabe erheben können genauso wie die Solarpflicht für alle Neubauten. Es findet sich im Wohnkapitel die Stärkung von (Dach-)Genossenschaften und Mietshäusersyndikat und die Überarbeitung der Zweckentfremdungssatzung, im Bildungskapitel die Stärkung von Sprachförderung und multiprofessionelle Teams in den Schulen.

Über manche Ziele kann man nur schmunzeln, etwa wenn formuliert wird, deutschlandweit „Vorreiter digital-unterstützter Bildung" werden zu wollen. Apropos Bildung: Wann kommt endlich das Ganztagsschulkonzept, auf das Tübingen seit Jahren vergeblich wartet? Oder der Schutzschirm für die Schüler*innen, den wir jetzt dringend brauchen und für den der Bund eine Milliarde Euro locker macht?

Da sind wir beim größten Problem des Vertragswerks: Ihm fehlt es an Verbindlichkeit. Egal ob Wohnen oder Klimaschutz, Soziales oder Bildung: Alles steht unter Finanzierungsvorbehalt. Prioritäten werden nicht gesetzt. In jedem Kapitel ist zu lesen: „Aufgrund der angespannten Haushaltssituation stehen sämtliche zusätzlichen finanzwirksamen Maßnahmen auch in diesem Kapitel unter Haushaltsvorbehalt. Das bedeutet: Erst wenn es wieder finanzielle Spielräume gibt, können ausgewählte Maßnahmen - eventuell in Stufen - umgesetzt werden."

Zur Unverbindlichkeit gehört auch, dass wichtige Politikfelder wie die Transformation der Wirtschaft oder bezahlbares Wohnen auf Strategiedialoge verwiesen werden. Kretschmann hat die von uns geforderte Landeswohnraumagentur als zu bürokratisch abgelehnt. Jetzt kreiert er allein aus Gründen der Machtarithmetik ein eigenes Ministerium für Wohnen für die CDU. Der Anteil preisgünstiger Wohnungen soll erhöht werden - aber seltsamerweise über zehn Jahre, nicht über die nächste Legislatur.

Fazit: Der Koalitionsvertrag, der mit viel Pathos daherkommt und Hoffnungen weckt, erweist sich auf den zweiten Blick als unverbindliche Stoffsammlung. Diese Regierung erklärt das Sparen zum Selbstzweck. Klimaschutz will sie vor allem ordnungspolitisch angehen. Der Eindruck, der sich mir in den Sondierungsgesprächen aufgedrängt hat, wird bei der Lektüre des Koalitionsvertrages nur bestätigt: Diese Regierung hat ein paar Lieblingsprojekte, aber bei Familien oder bei Arbeitnehmer*innen ist der Gestaltungswille begrenzt. Die Kommunen werden das in den nächsten Jahren zu spüren bekommen.

Dorothea Kliche-Behnke, Andreas Stoch, Sascha Binder und Rita Schwarzelühr-Sutter (das Verhandlungsteam der SPD Baden-Württemberg) auf dem Weg zu den Sondierungsgesprächen am 25. März 2021

DIE SPD-GEMEINDERATSFRAKTION

Ute Leube-Dürr

Beckmannweg 6, 72076 Tübingen
07071 65542
ute.leube-duerr@spd-fraktion-tuebingen.de

Ausschüsse:
- Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales
- Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung

Zuständig für den Tübinger Teilort:
- Bebenhausen

Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:
- Ansprechperson für den Jugendgemeinderat
- Aufsichtsrat der Altenhilfe Tübingen
- Aufsichtsrat der WIT
- Personalkommission
- Beirat des Jugendzentrums Epplehaus e.V.
- Verwaltungsrat Zimmertheater Tübingen

Dorothea Kliche-Behnke

Büro Dr. Dorothea Kliche-Behnke
Karlstr. 3, 72072 Tübingen
07071 8555400
dorothea.kliche-behnke@spd.landtag-bw.de

Ausschüsse:
- Verwaltungsausschuss
- Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales

Zuständig für den Tübinger Teilort:
- Hagelloch

Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:
- Ehrenamtliche Stellvertreterin des OBs
- Integrationsrat
- Aufsichtsrat der Altenhilfe Tübingen
- Aufsichtsrat Stadtwerke Tübingen

Gerhard Neth

Ampferweg 9, 72072 Tübingen Bühl
07472 441171
gerhard.neth@spd-fraktion-tuebingen.de

Ausschüsse:
- Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung

Zuständig für die Tübinger Teilorte:
- Bühl
- Kilchberg

Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:
- Ortsvorsteher Bühl
- Aufsichtsrat der GWG Tübingen
- Verkehrsbeirat der Stadtwerke Tübingen
- Immobilienkommission
- Umlegungsausschuss

Martin Sökler

Aixer Str. 14, 72072 Tübingen
07071 5071
martin.soekler@spd-fraktion-tuebingen.de

Ausschüsse:
- Klimaschutzausschuss
- Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung

Zuständig für den Tübinger Teilort:
- Weilheim

Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:
- Aufsichtsrat der GWG Tübingen
- Aufsichtsrat der Stadtwerke Tübingen
- Verbandsversammlung Zweckverband Regional-Stadtbahn Neckar-Alb

Ingeborg Höhne-Mack

Kirchnerweg 8/1, 72076 Tübingen
07071 65359
ingeborg.hoehne-mack@spd-fraktion-tuebingen.de

Ausschüsse:
- Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales
- Verwaltungsausschuss
- Klimaschutzausschuss

Zuständig für die Tübinger Teilorte:
- Pfrondorf
- Unterjesingen

Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:
- Aufsichtsrat der GWG Tübingen
- Aufsichtsrat der Sporthallen GmbH
- Aufsichtsrat Dachgenossenschaft Wohnen
- Nachlasskommission
- Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbands Reutlingen/Tübingen
- Wirtsch. Zusammenarbeit Tübingen/Reutlingen

Gundula Schäfer-Vogel

Steinlachallee 62, 72072 Tübingen
07071 770302
gundula.schaefer-vogel@spd-fraktion-tuebingen.de

Ausschüsse:
- Verwaltungsausschuss
- Klimaschutzausschuss

Zuständig für den Tübinger Teilort:
- Hirschau

Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:
- Verkehrsbeirat der Stadtwerke Tübingen
- Aufsichtsrat der WIT
- Stiftungsrat Kunsthalle
- Universitätskommission

WECHSEL IN DER FRAKTIONSGESCHÄFTSFÜHRUNG

Bereits zum September vergangenen Jahres gab es einen Wechsel in der Geschäftsführung der Fraktion: Hannes Remmert hat das Fraktionsteam Ende August 2020 verlassen, um ein Auslandssemester zu absolvieren.

Seit September komplettiert Luca Schneider nun das Zweierteam der Fraktionsgeschäftsführung. Luca studiert Rechtswissenschaft an der Universität Tübingen.

Die Fraktion bedankt sich auch an dieser Stelle noch einmal herzlich bei Hannes Remmert für sein großes Engagement für die Fraktion und wünscht ihm weiter alles Gute!

DOROTHEA KLICHE-BEHNKE IN DEN LANDTAG GEWÄHLT

Wir freuen uns sehr, dass unsere stellv. Fraktionsvorsitzende seit dem 1. Mai den Wahlkreis Tübingen im Landtag von Baden-Württemberg vertritt. In der SPD-Landtagsfraktion wurde sie bereits zur stellv. Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Auch als Landtagsabgeordnete wird Dorothea Kliche-Behnke weiterhin der SPD-Gemeinderatsfraktion angehören. Wir freuen uns, dass sie als Kommunalpolitiker*in die Interessen, Sorgen und Nöte aus den Kommunen in den Landtag tragen wird.

DIE ORTSBEIRÄTE IN DEN TÜBINGER STADTTEILEN

Zu konkreten Anliegen in den Tübinger Stadtteilen sind auch unsere Ortsbeiräte jederzeit ansprechbar. Sie wurden von der Fraktion entsandt:

DERENDINGEN

Jörg Krauß
Fürststr. 93, 72072 Tübingen
07071 791734
krauss.joerg@t-online.de
Stellv.: Ulrich Weber

LUSTNAU

Heinz Haußmann
Rosa-Luxemburg-Str. 5, 72074 Tübingen
07071 86331
hehaussmann@gmx.de
Stellv.: Michael Fromm

NORDSTADT

Hans Voehringer
Ahornweg 10, 72076 Tübingen
07071 687455
hansvoehringer@yahoo.de
Stellv.: Maike Paduch

STADTMITTE

Hans-Ulrich Probst
Klosterberg 8, 72070 Tübingen
07071 9460864
hans.probst@posteo.de
Stellv.: Gerd Müller

SÜDSTADT

Dirk Eisenreich
Ruth-Marx-Str. 12, 72072 Tübingen
07071 650189
dirk.eisenreich@gmx.de
Stellv.: Andreas Weber

WESTSTADT

Anders Zmaila
Schwärzlocherstr. 123, 72070 Tübingen
07071 440686
anders.zmaila@gmx.de
Stellv.: Werner Walser

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
SPD-Gemeinderatsfraktion Tübingen

VERANTWORTLICH
Florian Zarnetta, Fraktionsgeschäftsführer

TEXTE
Martin Sökler, Dorothea Kliche-Behnke, Ute Leube-Dürr, Ingeborg Höhne-Mack, Gundula Schäfer-Vogel, Gerhard Neth, Florian Zarnetta

ABBILDUNGEN
Titel: Von Dktue - Eigenes Werk, CC0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=76920874
S. 10 (oben rechts): Peter Jammernegg/Universitätsstadt Tübingen
Rückseite: Ulrich Metz/*Universitätsstadt Tübingen*

KONTAKT
SPD-Gemeinderatsfraktion Tübingen
Am Markt 1, 72070 Tübingen
info@spd-fraktion-tuebingen.de
spd-fraktion-tuebingen.de
fb.com/spdfraktiontuebingen

BANKVERBINDUNG
Volksbank Tübingen
IBAN: DE16 6419 0110 0062 7650 00
BIC: GENODES1TUE

400608